

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

21. Sitzung
am Mittwoch, dem 14. Januar 1998, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Meinhard Füllner (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Anwesende

Tagesordnung:		Seite
1.	Teilnahme an der von der Europa-Union geplanten Europa-Woche 1998 in Schleswig-Holstein	4
2.	Bericht des Bildungsministeriums zur Einbindung der schleswig-holsteinischen Hochschulen in die Ostseeaktivitäten	6
3.	Bündelung der Europazuständigkeiten in der Landesregierung	8
	Antrag der Fraktion der CDU (Drucksache 14/1062 (überwiesen am 5. November 1997))	
4.	Information/Kenntnisnahme	9
5.	Verschiedenes	9

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:07 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Teilnahme an der von der Europa-Union geplanten Europa-Woche 1998 in Schleswig-Holstein

hierzu: Umdruck 14/1481

Jahreskonferenz der RISI-Regionen in Lübeck - Informationsbrief der Initiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein

Der Vorsitzende stellt die Teilnahme an der Europa-Woche zur Diskussion und rät zur Teilnahme unter dem Aspekt, daß diese Teilnahme eine gute Gelegenheit sei, den noch relativ jungen Europaausschuß in der Öffentlichkeit vorzustellen. Dabei sollte ein Thema gewählt werden, das unter den Fraktionen nicht allzu strittig sei, um ein einheitliches Bild bieten zu können. Er bitte um Zustimmung zur Teilnahme.

Mit Hinweis auf Umdruck 14/1481 erbittet der Vorsitzende bis zur nächsten Sitzung inhaltliche Vorschläge. Gleichzeitig legt er dar, daß bei dem Thema "Informationsgesellschaft" die Technologiestiftung ihre Mitarbeit signalisiert habe.

ORR Jutta Schmidt Holländer schildert kurz die Überlegungen, die den in Umdruck 14/1481 aufgelisteten Aktivitäten zugrunde liegen. Die Diskussion verdichtet sich zunächst auf das Thema "eine Informationsgesellschaft für alle". Überlegt wird einerseits das Einbringen des Europaausschusses im Internet und andererseits ein Diskussionsforum während der Europa-Woche zusätzlich zum Internet. Dieses Diskussionsforum wird als begleitende Veranstaltung zu den Internet-Aktivitäten gedacht und soll während der Europa-Woche entweder im Landeshaus oder an einem anderen Ort stattfinden. Thema könnte nach Auffassung des Vorsitzenden die Wirtschafts- und Währungsunion sein, da dieses Thema im Ausschuß bereits behandelt worden sei und hohe Aktualität besitze.

Abg. Dr. Klug denkt daran, das Diskussionsforum mit den Redakteuren der schleswig-holsteinischen Schülerzeitungen durchzuführen. Dieses Forum könnte eventuell im Rahmen einer normalen Besucherveranstaltung oder auch als Sonderveranstaltung des Landtages organisiert werden.

Dieser Vorschlag wird von Abg. Füllner unterstützt, der vorschlägt, das Thema "Ostseekooperation" zu behandeln, weil dies ein Schwerpunkt der Arbeit des Europausschusses sei.

Während Abg. de Jager Bedenken gegen eine Diskussionsveranstaltung zum Thema RISI vorträgt, die er mit mangelnder Bürgernähe begründet, geht der Vorsitzende davon aus, mit diesem Thema den Grundgedanken zum Tragen kommen zu lassen, daß eine europäische Gesellschaft auf alle Fälle eine Informationsgesellschaft sein werde und daß man deshalb versuchen sollte, diese Maxime erfahrbar zu machen.

Abg. Matthiessen befürwortet dagegen eine Konzentration auf das Thema Ostseekooperation. Er hält es im übrigen für sinnvoll, im Internet über die im Landtag bereits behandelten Themen zu Europa zu informieren.

Abg. de Jager tritt im Verlauf der weiteren Diskussion für das Thema Wirtschafts- und Währungsunion ein. Mit diesem Thema sei eine bessere Voraussetzung dafür gegeben, auch die unterschiedlichen Fraktionsmeinungen mit einzubringen, als wenn von der Ostseekooperation gesprochen werde. Im übrigen glaube er, daß mit dem Thema Wirtschafts- und Währungsunion eine breitere Resonanz zu erzielen sei.

Der Vorsitzende faßt die Diskussionsbeiträge folgendermaßen zusammen:

1. Es besteht Einigkeit über die Teilnahme an der Europa-Woche.
2. Neben einem herkömmlichen Diskussionsforum soll eine Informationsveranstaltung per Internet stattfinden.
3. Über das Thema müssen weitere Überlegungen angestellt werden.
4. Zum technischen Ablauf sollen Landtagsverwaltung und Technologiestiftung um Beiträge gebeten werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums zur Einbindung der schleswig-holsteinischen Hochschulen in die Ostseeaktivitäten

Eingangs drückt der Vorsitzende sein Bedauern aus, daß die politische Spitze des Bildungsministeriums nicht anwesend sein kann. Es handele sich immerhin um das erste Mal, daß sich der Europaausschuß mit bildungspolitischen Themen befasse, so daß die Anwesenheit der politischen Spitze eine gute Gelegenheit wäre, auch eine politische Diskussion zu führen.

Im weiteren teilt der Vorsitzende mit, daß der Bericht aufgrund des Berichts der Landesregierung über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung 1997, Drucksache 14/888, auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Die unter der Nummer 6 "Schwerpunkte schleswig-holsteinischer Ostseepolitik" zum Stichwort "Wissenschaft und Ausbildung" gemachten Ausführungen gäben Anlaß zu mehr Handlungsbedarf, um zu einer Verbesserung der jetzigen Situation zu kommen. Der Ausschuß beabsichtige, entsprechende Überlegungen zusammen mit dem Bildungsministerium anzustellen und wolle zunächst in einer ersten Beratungsrunde die Vorstellungen der Landesregierung dazu erfahren.

MDgt Dr. Hendriks schildert eingangs die in den einzelnen Hochschulen bestehende Zusammenarbeit insbesondere mit den Ostseeanreinerstaaten im Bereich der Lehre und spricht dabei auch die Schwierigkeiten an, die es bei der Klärung von Detailfragen gibt. Stichworte sind dabei die Systemschwierigkeiten, die kulturellen Unterschiede, die unterschiedlichen Abschlüsse an den Hochschulen sowie die mangelnden Sprachkenntnisse der Studierenden und teils auch der Professoren. Als Chancen für die Zukunft nennt er die Stichworte ECTS (European Credit Transfer System), Modularisierung des Studiums und virtuelle Universität.

An der Entwicklung entsprechender Systeme, so betont MDgt Dr. Hendriks, werde zusammen mit den Hochschulen gearbeitet, um die Mobilität und den Austausch der Studierenden im internationalen Bereich und insbesondere im Ostseeraum zu erweitern sowie die Kontakte zum Ausland zu intensivieren.

Zum Bereich der Forschung zeigt MDgt Dr. Hendriks die Förderung internationaler Kontakte auf sowie die intensive Forschungsk Kooperation. Er betont, daß das bereits vorhandene hohe Niveau und insbesondere auch die Verbindungen zu den Hochschulen der Ostseeanreinerstaaten aufrechterhalten werden sollen.

Die in der sich anschließenden Diskussion aufgeworfenen Fragen der Abgeordneten Dr. Kötschau nach den bereits vorhandenen Formen der Zusammenarbeit der Hochschulen im Ostseeraum, der Kooperation der CAU mit der Universität von Kaliningrad und den Formen der Zusammenarbeit der einzelnen Fakultäten mit den Hochschulen im Ostseeraum sowie eine Übersicht über die Finanzierung der Austauschprogramme für Studierende sollen schriftlich beantwortet werden.

Angesprochen werden die Probleme der mangelnden sprachlichen Kenntnisse von Studierenden und auch zum Teil von Professoren, die für eine effektivere internationale Zusammenarbeit benötigt würden, der Harmonisierungsbedarf und die Internationalisierung bei Prüfungsabschlüssen und Studiensystemen sowie die Chancen, die durch die Einführung neuer Studienabschlüsse - Bachelor, Master - gegeben sein könnten.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Feststellung, daß das Thema den Europaausschuß sicherlich noch weiter beschäftigen müsse.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bündelung der Europazuständigkeiten in der Landesregierung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1062

(überwiesen am 5. November 1997)

Der Vorsitzende erinnert an den Wunsch des Abg. de Jager, die zweite Lesung des Antrages noch im Januarplenum durchführen zu können.

Die Antragsteller sprechen von ihrem Antrag als einem moderaten Vorschlag für eine spätere umfassende Reorganisation der Europapolitik der Landesregierung.

M Walter nennt diesen Antrag einen zwar hilfreiches Angebot im Hinblick auf frühere von der Opposition aufgestellte Auflösungsforderungen des Europaministeriums, stellt aber gleichzeitig die Vorteile der gefundenen Organisationsform heraus, die sich im Grunde inzwischen bewährt habe und beibehalten werden sollte.

Abg. Saxe begrüßt die Überlegungen von M Walter, die fachgebundenen Kompetenzen der einzelnen Ressorts nicht anzurühren. Abg. Matthiessen schließt sich diesen Überlegungen an. Abg. Dr. Klug signalisiert mit Hinweis auf die von seiner Fraktion in der ersten Lesung vorgetragenen Äußerungen Ablehnung des Antrages.

Demgegenüber bittet Abg. de Jager um Annahme des Antrages mit dem Hinweis, daß damit ein Beitrag geleistet werden solle, eine existenzfähige Europazuständigkeit in einem Ressort zu bündeln.

Beschluß:Gegen die Stimmen der CDU wird der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. zur Ablehnung empfohlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

1. European Centre for Minority Issues (ECMI) Umdruck 14/1436

Abg. Baasch spricht von völkerrechtlichen Bedenken gegen die Stiftung und bittet um Auskunft durch die Landesregierung.

Abg. Dr. Klug überlegt, einmal mit dem Instituttleiter ein Gespräch zu führen.

Der Vorsitzende regt an, das Thema in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

2. Jahreskonferenz der RISI-Regionen in Lübeck - Informationsbrief der Initiative Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein.

Der Informationsbrief wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt **Verschiedenes** liegt nichts vor. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 11. Februar 1998 im Nordkolleg Rendsburg.

Der Vorsitzende, Abg. Döring, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin